

# Arbeitsplätze ohne Braunkohle? - Das geht!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und setzen uns für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung ein. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten im Tagebau und in den Kohlekraftwerken bei RWE ein dringliches Thema, ebenso die Forderungen der jungen Generation nach einer lebenswerten Welt, die auch in Zukunft Bestand hat und die durch einen weiteren Braunkohleabbau gefährdet ist.



Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze:  
Die Zeit läuft!

Uns gehen die Empfehlungen der Kohlekommission nicht weit genug. Der Abschied aus der Kohleverstromung ist mit 2038 viel zu spät und zu unbestimmt. Wir fragen uns außerdem, warum ausgerechnet die Energiekonzerne mit Milliardenbeträgen für die Stilllegung abgeschriebener Kohlemeiler „entschädigt“ werden sollen, die vor allem in Vorstandsgehälter und Aktienrenditen fließen werden.

## Milliarden für wen?

Wir sind dafür, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung „schnellstmöglich“ vollzogen wird, d.h. spätestens bis 2030. Die Milliarden sollen nicht an die Konzerne fließen, sondern direkt für

neue Jobs und die Existenzsicherung der Beschäftigten verwendet werden. Die Beschäftigten sollen bei vollen Bezügen von einer „Umstrukturierungsgesellschaft“ übernommen werden und von dieser auf ihre zukünftige Tätigkeit vorbereitet werden. Außerdem soll es großzügige Regelungen für die rentennahen Beschäftigten geben, damit diese ohne Abschlüsse in den Ruhestand wechseln können. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen wäre ein weiteres beschäftigungssicherndes Mittel.

Der Erhalt des Hambacher Waldes ist noch immer nicht endgültig gesichert. Die Kohlekommission und die Landesregierung NRW halten den Erhalt zwar für wünschenswert. Bis jetzt sind das aber leere Versprechungen, denn Gesetze, die den Erhalt des Waldes sichern, hat die NRW-Landesregierung nicht auf den Weg gebracht. Gleichzeitig treibt RWE den Tagebau weiter voran und bedroht auch die Existenz der umliegenden Dörfer.



## Baggerlöcher zu Solar- und Windparks

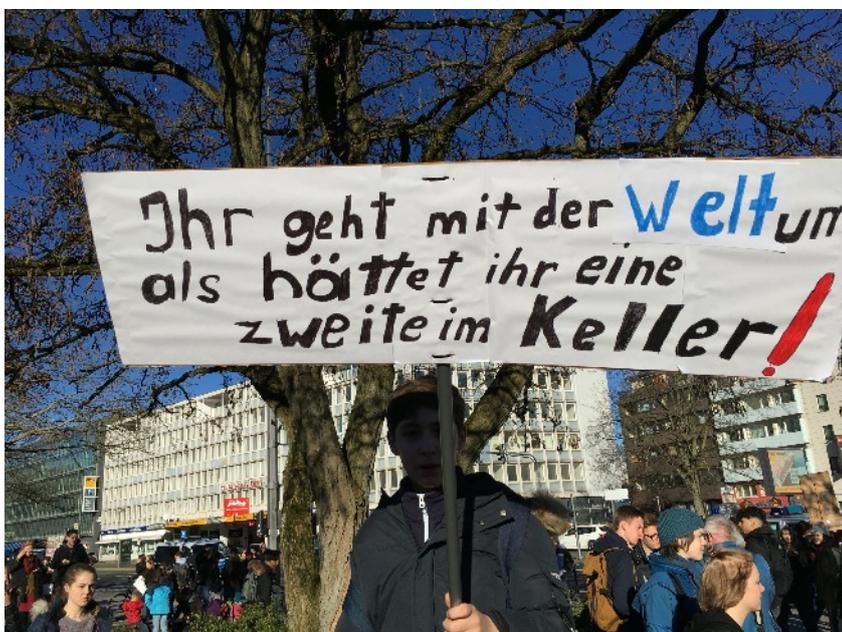
Dabei könnten Wald, Dörfer und Arbeitsplätze bleiben, wenn der Strukturwandel endlich vernünftig angegangen würde. Konzepte liegen längst vor, z.B. von Greenpeace Energy für die Einrichtung eines genossenschaftlich betriebenen Wind- und Solarparks.

Beschäftigte aus der Braunkohle könnten übernommen werden, was sich positiv auf die Stärke der Gewerkschaften auswirken würde. Letzten Endes könnte die Verwirklichung solch eines Projektes sogar mehr Arbeitsplätze für die Region bedeuten. Es wäre wünschenswert, IG BCE und ver.di würden sich für solch ein Projekt stark machen und so auch ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen.



Unsere Initiative setzt sich für die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Klimabewegung ein. Wir verstehen uns als Teil der Klimabewegung und fordern mit ihr gemeinsam:

- Hambacher Wald dauerhaft erhalten
- Kein weiterer Abriss der Dörfer – weder im Rheinland noch sonstwo
- Keine Gelder für die Energiekonzerne – stattdessen Investitionen in den Strukturwandel und für die Absicherung der Beschäftigten
- Ein Klimaschutzgesetz zur konkreten, verbindlichen und einklagbaren Umsetzung der Klimaziele



- Mehr Energieeffizienz und beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien
- Maßnahmen in anderen Bereichen wie Verkehr in Richtung Mobilitätswende
- Für eine Welt, die auch für die künftigen Generationen lebenswert bleibt

Fotos von Fridays for Future bei einer Demonstration der Schülerinnen und Schüler in Wuppertal, B. Sassermann